

Interview mit Kanzlerkandidat*in



Was planen Kanzlerkandidat*in in der nächsten
Legislaturperiode in den Bereichen
Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe?

Die Teilhabe und Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigung noch konkreter zu verbessern, ist eine der nachhaltigen Verantwortlichkeiten im Wahljahr 2021. Zusammen mit dem [Oberlinhaus](#) haben wir den Kanzlerkandidat*innen Annalena Baerbock (Bündnis90/ Die Grünen) und Olaf Scholz (SPD) dazu fünf Fragen gestellt. Darüber hinaus hat der BeB auch ein Interview mit Herrn Laschet geführt.

Annalena Baerbock, Kanzler- und Potsdamer Direktkandidatin (Bündnis90/ Die Grünen)

5 Fragen zur Bundestagswahl

1. *Wie lässt sich Mitbestimmung von Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen stärken?*

Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände gehört für uns zu einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft. Wir wollen das Bundesteilhabegesetz so korrigieren, dass Assistenz in jedem Fall auch für ehrenamtliches und politisches Engagement gewährt wird. Außerdem wollen wir deutlich mehr Informationen in Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache zur Verfügung stellen, die Fristen für Stellungnahmen deutlich verlängern und weitere Barrieren abbauen. Verbände von Menschen mit Behinderungen wollen wir stärker fördern. Auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Wohneinrichtungen wollen wir mehr Mitbestimmung einführen.

2. *Wie kann bezahlbarer und inklusiver Wohnraum geschaffen werden?*

Wir wollen das Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) „Altersgerechter Umbau“ bedarfsgerecht aufstocken und mit einer starken Zuschusslinie ausstatten. Mietermodernisierungen wollen wir erleichtern und die Rückbauverpflichtung bezüglich barrierefreiem Umbau streichen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir außerdem die Musterbauordnung um eine Vorgabe zum Anteil von für Rollstuhlnutzer*innen geeignete Wohnungen ergänzen und uns gegenüber den Ländern für einen höheren Anteil barrierefreier Wohnungen einsetzen.

3. *Wie kann Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung am Arbeitsleben verbessert werden?*

Wir wollen, dass Ausbildungs- und Arbeitsplätze an die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen oder psychischer Erkrankung angepasst werden. Werkstätten für behinderte Menschen wollen wir zu Inklusionsbetrieben weiterentwickeln. Menschen, die dort arbeiten, wollen wir den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Wir wollen Arbeitgeber*innen, die behinderte Menschen ausbilden und beschäftigen, einfacher und transparenter fördern. Große Arbeitgeber*innen, die deutlich weniger behinderte Menschen beschäftigen, als vorgeschrieben, sollen eine höhere Ausgleichsabgabe als bisher zahlen.

4. Welche Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit wollen Sie einführen?

Betreiber*innen von Geschäften, kommerziellen Websites, Gaststätten, Hotels, Kinos usw. werden wir mit einem Barrierefreiheits-Gesetz verpflichtet, innerhalb eines realistischen Zeitraums Barrieren abzubauen. Sowohl die angebotenen Waren und Dienstleistungen als auch die Orte, an denen sie angeboten werden, müssen barrierefrei werden. Dort, wo das (noch) nicht möglich ist, sollen die Betreiber*innen ihre Angebote im Rahmen des Möglichen auf anderen Wegen zugänglich machen („angemessene Vorkehrungen“ treffen), etwa durch mobile Rampen oder Bring-Dienste.

5. Welche Schwerpunkte in Bezug auf Teilhabe möchten Sie setzen?

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) entspricht nicht unseren Vorstellungen von einem Leistungsgesetz, das Selbstbestimmung und volle, gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Wir halten Nachbesserungen am BTHG für notwendig. Wir wollen allen Menschen mit Behinderungen, die auf Teilhabeleistungen angewiesen sind, ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht bei der Leistungsgestaltung garantieren. Die Leistungen müssen sich am Bedarf der behinderten Menschen orientieren. Leistungen zur Teilhabe müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen erbracht werden.

[Hier](#) geht´s zum Wahlprogramm Bündnis90/ Die Grünen in Leichter Sprache.

Armin Laschet, Kanzlerkandidat, CDU

5 Fragen zur Bundestagswahl

1. *Wie lässt sich Mitbestimmung von Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen stärken?*

Politische Teilhabe ist ein wichtiger Garant dafür, dass Menschen mit Behinderung oder mit psychischer Erkrankung an Entscheidungen über ihre Versorgung mitwirken können. Insbesondere die Interessensverbände werde ich weiterhin eng in den Gesetzgebungsprozess einbinden, denn die Perspektive der Betroffenen spielt für mich eine wichtige Rolle. Es ist gut, dass unser politisches System zahlreiche Möglichkeiten der Mitsprache und Interessenvertretung kennt. Über Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren, über die parlamentarischen Vertreter der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und über alle anderen Parlamente auf kommunaler, regionaler und Landesebene besteht die Möglichkeit, Positionen vorzubringen. Parlament und Regierung sind auf diesen Kontakt angewiesen, nicht nur um Probleme zu erkennen, sondern auch um gemeinsam sachgerechte Lösungen zu entwickeln. Ich begrüße Partizipationsprojekte und Informationen in einfacher Sprache, die die Mitwirkung des Einzelnen an der Positionsfindung ermöglichen.

2. *Welche Maßnahmen planen Sie, um bezahlbaren und inklusiven Wohnraum zu schaffen?*

Was wir brauchen, ist aus Landes- und Bundesmitteln geförderter Sozialwohnungsbau und dazu Anreize für mehr Wohnungsbau, vor allem in besonders nachgefragten Gebieten. Einen Mietendeckel lehne ich ab. Er hat in Berlin das Gegenteil bewirkt und zu weniger Wohnungsneubau geführt. Stattdessen müssen wir den sozialen, barrierefreien Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie zu jedem Bundes-Euro mindestens einen Euro zugeben und zweckgebunden einsetzen. Zudem sehe ich Mehrgenerationenhäuser als wichtige Anlaufstellen eines generationenübergreifenden Zusammenlebens. Denn diese bieten Unterstützung bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen und im Bereich der familiären Pflege.

3. *Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung auf den Arbeitsmarkt bzw. in Ausbildung kommen?*

Mein Ziel ist ein inklusiver erster Arbeitsmarkt. Das Potenzial von Fachkräften mit Behinderungen müssen wir stärker nutzen. Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen mehr Menschen in Unternehmen unterbringen können und gemeinsam bessere Rahmenbedingungen entwickeln sollten, damit Menschen mit Behinderung nicht ihren Job verlieren. Uns allen ist bewusst, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunft ist. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderung. Weltweit wird Deutschland für sein System der Berufsausbildung bewundert. Für viele Jugendliche mit Behinderung ist der Einstieg in eine Ausbildung allerdings häufig eine besondere Hürde. Ich setzte mich daher für ein inklusives System der Berufsausbildung ein.

4. Welche Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit (z. B. im digitalen oder gesundheitlichen Bereich) wollen Sie einführen?

Menschen mit Behinderung müssen einen barrierefreien Zugang zum Gesundheitswesen haben. Dort, wo das noch nicht der Fall ist, werde ich Förderprogramme auf den Weg bringen, um mehr Barrierefreiheit in Arztpraxen zu ermöglichen. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es bisher nur wenige barrierefreie Haus- und Facharztpraxen. Ältere Menschen und Menschen mit Behinderung mit Mobilitätseinschränkungen müssen dort für Untersuchungen oft weite Wege zurücklegen. Mit Blick auf den digitalen Bereich werden wir als Union durchsetzen, dass jeder Mensch ein Recht auf digitalen Zugang hat. Menschen mit Behinderungen müssen ihr Recht auf informatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können.

5. Welche Schwerpunkte in Bezug auf Teilhabe möchten Sie setzen?

In der zurückliegenden Wahlperiode haben CDU und CSU die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ein gutes Stück vorangebracht. Zum Beispiel durch Neuregelungen zur Leistungsberechtigung in der Eingliederungshilfe, eine Verbesserung des Gewaltschutzes von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen und eine Ausweitung des Budgets für Ausbildung im Arbeitsbereich einer WfbM. Zusätzlich haben wir digitale Gesundheitsanwendungen im Leistungskatalog zur medizinischen Rehabilitation (SGB IX) sowie digitale Pflegeanwendungen in der Hilfe zur Pflege (SGB XII) für ambulant versorgte Personen verankert. Auf diesen Maßnahmen möchte ich in der neuen Wahlperiode aufsetzen und insbesondere die Teilhabe von Menschen im ersten Arbeitsmarkt und die Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen, insbesondere auch was das Gesundheitswesen anbetrifft, weiter voranbringen.

[Hier](#) geht´s zum CDU-Wahlprogramm.

Olaf Scholz, Kanzler- und Potsdamer Direktkandidat (SPD)

5 Fragen zur Bundestagswahl

1. Wie lässt sich Mitbestimmung von Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen stärken?

In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich werden. Wir wollen die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen im Sinne des Leitsatzes der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns“ fördern. Für eine wirksame und aktive Beteiligung gehört der Aufbau barrierefreier Strukturen und Prozesse in Parlamenten und politischen Parteien und Stiftungen. Die SPD setzt sich dafür ein, Bewerber*innen mit Beeinträchtigungen, die Interesse für ein Mandat haben, individuell zu fördern und finanziell zu unterstützen.

2. Wie kann bezahlbarer und inklusiver Wohnraum geschaffen werden?

Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Die SPD will, dass jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, 100.000 davon sozial gefördert. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen, die Wohnungswirtschaft wie die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften. Wir werden generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen fördern. Wir wollen die Förderung von Wohnungsbau an eine hinreichend barrierefreie Ausgestaltung koppeln. Auch in den Kommunen und den Bundesländern unterstützt die SPD inklusive Wohnformen ganz besonders.

3. Wie kann Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung am Arbeitsleben verbessert werden?

Wir wollen die Chancen von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern und ihn inklusiv ausbauen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird. Sie soll die Arbeitgeber*innen darüber informieren, welche Möglichkeiten sie haben, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Sie dient auch als Beratungsstelle für Lohnzuschüsse oder für Umbauten zur Barrierefreiheit. Menschen mit Behinderungen sollen sichere Jobperspektiven haben, dafür wollen wir sie gezielt qualifizieren und fördern.

4. Welche Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit wollen Sie einführen?

Wir brauchen rechtliche Rahmenbedingungen, die die Barrierefreiheit im Bereich von Information und Kommunikation auch für den privaten Bereich definieren und verbindlich vorschreiben. Digitales Lernen in den Schulen und lebenslanges Lernen müssen ausnahmslos barrierefrei sein. Digitaler Unterricht oder eine digitale Arzt-Sprechstunde müssen für alle problemlos möglich sein. Deswegen will die SPD, dass die Barrierefreiheit zum festen Standard in unserer analogen und digitalen Welt wird. Wir wollen ein Bundesprogramm Barrierefreiheit, dort unterstützt, wo die Umsetzung aufgrund knapper Kassen stockt.

5. Welche Schwerpunkte in Bezug auf Teilhabe möchten Sie setzen?

Die SPD will allen Bürger*innen in Deutschland mediale, auch digitale Teilhabe ermöglichen. Wir wollen barrierefreie Angebote ausbauen. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen. Wir wollen das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jede/jeden zu kümmern und jeder/jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen.

[Hier](#) geht's zum SPD-Wahlprogramm in Leichter Sprache.

Bildnachweise:

Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen: @Bündnis 90/Die Grünen

Armen Laschet, CDU: Foto: Laurence Chaperon

Olaf Scholz: Bundesministerium der Finanzen/ Fotothek/ Thomas Koehler

Pressekontakt

Sevinç Topal, Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V., Referent für Politische Kommunikation und Digitalisierung

Telefon: 030 83001-274, presse@beb-ev.de

www.beb-ev.de

Andrea Benke, Oberlinhaus, Unternehmenskommunikation

Telefon: 0331 763-5311, andrea.benke@oberlinhaus.de

www.oberlinhaus.de